

Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 175.— Markt, Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangehörigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 70.— Markt. Kleine Anzeigen per Wort 15.— Markt. — Mellempreis: Die Millimeterzeile 4 gespalten oder deren Raum im Text 500.— Markt.

Schlesische

Bezugspreis: Durch Austräger Einzelnummer 250 Mt. 1200.— Mt. pro Woche. Durch die Post Einzelnummer 250 Mt. 6500.— Mt. pro Monat und Gutschrift des Differenzbetrages für Monat Juli.— Redaktion und Expedition Breslau, Teichbühlstr. 59 Postfachkonto: Breslau Nr. 810 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 131.

Freitag, den 8. Juni 1923.

5. Jahrgang.

Für die kämpfenden Bergarbeiter in Oberschlesien!

Ausdehnung des ober-schlesischen Streits / Die Margarine-Stullen der christlichen Landarbeiter / Tolle Polizeivillkür in Breslau!

Der ober-schlesische Streit vor dem Preussischen Landtag

Berlin, 7. Juni.
Die kommunistische Fraktion hat am ersten Tage ihres Wiedereintritts im Preussischen Landtag zur Unterstützung der kämpfenden Bergarbeiter in Oberschlesien folgenden Antrag eingebracht:

- Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium wird beauftragt:
1. den ober-schlesischen Berg- und Hüttenarbeitern aus den staatlichen Gruben und Werken sofort die verlangten Steuerungszulagen in Höhe von 300 000 Mt. auszuführen und die Löhne vom 1. Juni ab um 100 Prozent zu erhöhen,
2. von der Reichsregierung sofort zu verlangen, daß diese die ober-schlesischen privaten Gruben- und Hüttenbesitzer zwingt, ebenfalls die Forderungen der ober-schlesischen Arbeiter sofort zu bewilligen,
3. dafür zu sorgen, daß faschistische Provokationen rücksichtslos unterdrückt werden, und daß jedes gewaltsame Vorgehen von Polizeikräften gegen streikende Arbeiter unterbleibt.

Zur Begründung führte Genosse Sobotka folgendes aus:

Sie haben es abgelehnt, die Vorgänge im Ruhrgebiet zu besprechen. Sie wissen ganz genau, warum sie das getan haben. Dasselbe, was sich im Ruhrgebiet abgespielt hat, verfahren Sie jetzt auch in Oberschlesien herbeizurufen. Die Arbeiter befinden sich seit Samstag voriger Woche im Streit. Etwa 60 000 Berg- und Hüttenarbeiter kämpfen um ihre Lebenseristenz. Diese Arbeitermassen, durch Hunger getrieben, können nicht lange in einem Streit aushalten. Die Behandlung dieser Frage ist daher eine dringende Notwendigkeit. Es ist geradezu ein Verbrechen, daß man erst für den nächsten Montag Verhandlungen über die neuen Löhne in Aussicht stellt. Des weiteren wird den Arbeitern von vornherein gesagt, daß man ihnen den verlangten Ausgleich der Malilöhne durch eine Steuerungszulage, die man im Mai abgelehnt hat, auch jetzt nicht geben wird. Sie lehnen es ab, der Arbeitermasse, die die Kohlen aus den Gruben fährt, solche Steuerungszulagen zu bewilligen. Den höheren Staatsbeamten, den Ministern und den Mitgliedern dieses Hauses sind Zulagen in weit größerer Höhe bewilligt worden.

Meine Parteifreunde haben mir mitgeteilt, daß der Abg. Brust (Str.) gegen die weitere Besprechung dieses Antrages Einspruch erhoben hat. (Der Abgeordnete Brust: Jamohl!) Ich muß meine Enttäufung darüber ausdrücken und die Bergarbeiter Oberschlesiens, wenn sie das hören, werden ihre Entrüstung zum Ausdruck bringen.

In Oberschlesien kämpfen die christlichen Bergarbeiter Seite an Seite mit den Kommunisten, weil sie denselben Hunger haben. (Widerpruch im Zentrum). Im Reichstage befindet sich heute eine Kommission der Streikenden, unter ihr auch christliche Arbeiter, die verlangen, daß man sofort Lohnverhandlungen mit ihnen aufnimmt. (Zuruf im Zentrum). Der Vertreter des christlichen Gewerkschafts in Beuthen ist gestern bei den streikenden Arbeitern auf dem Streikbüro gewesen und hat ihnen gesagt, daß die Berechtigung ihrer Forderungen anerkannt (Hört, hört! bei den Kommunisten). Aber die größten Spitzen des Gewerkschafts und der anderen Verbände, die hier in Beuthen sitzen, stellen sich den Forderungen der

Bergarbeiter entgegen. (Hört, hört, bei den Kommunisten). Herr Brust lehnt heute eine Verhandlung über Bewilligung einer Steuerungszulage von 300 000 Mt. für die Bergarbeiter ab. Aber morgen wird er, derselbe Brust, zu der Landtagskammer gehen, und sich die erhöhte Zulage für den Monat Juni in Form von 400 000 Mt. auszahlen lassen. (Zurufe im Zentrum).

Die ober-schlesische Großindustrie ist in der Lage eine Steuerungszulage und die erhöhten Löhne zu zahlen. Es ist uns ja hier vor kurzem noch vorgetragen worden, welche ungeheure Gewinne die Kohlen- und Hüttenindustrie gerade in Oberschlesien herausgeholt hat. Die Profite, die man im Laufe des letzten Jahres aus dem einzelnen Arbeiter herausgepreßt, waren dreimal so hoch, als der Jahreslohn, den man den einzelnen Arbeitern gezahlt hat. (Wachen und Widerspruch im Zentrum). Ich hoffe, daß sie beschließen werden, diesen Antrag heute sofort auf die Tagesordnung zu setzen. Ich hoffe auch, daß der Antrag angenommen und das Staatsministerium ihn durchführen wird.

Weitergreifen des ober-schlesischen Streits trotz Führerlabotage

Die Ausstandsbewegung im ober-schlesischen Industriegebiet hat sich weiter ausgedehnt. Die Belegschaft der Fiedlers Gluckgrube hat sich dem Streit angeschlossen. Insgesamt stehen heute 65 000 Arbeiter im Streit.

Die Presselanille an der Arbeit

Die bürgerliche Presse setzt ihre Heharbeit gegen die um ein Stückchen Brot kämpfenden Arbeiter mit aller Niedertracht fort. So meldet die „Postische Zeitung“ vom 6. Juni aus Breslau, daß die Ursachen des Streits mehr politischer als wirtschaftlicher Natur sind. Diese fauchtsche Lüge wird fast von der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse weiter kolportiert, obwohl die Streikenden auch nicht eine politische Forderung aufgestellt haben.

Forderungen der Streikenden

- Die Streikenden fordern:
1. Zur Abgeltung der infolge der enormen Steuerungen im April und Mai viel zu geringen Löhne eine sofortige Nachzahlung von:
 - a) 300 000 Mark für Verheiratete oder Verwitwete mit zu versorgenden Kindern;
 - b) 250 000 Mark für Verheiratete oder Ledige ohne Kinder;
 - c) 200 000 Mark für Ledige.
2. Lohnerhöhung von 100 Prozent rückwirkend vom 1. Juni 1923.
3. Sofortige Wiedereinstellung derjenigen Arbeiter, die infolge gewerkschaftlicher oder politischer Funktionen entlassen wurden, einschließlich derjenigen, die wegen der vorliegenden Bewegung gemafregelt worden sind.
4. Rückzahlung der abgezogenen Depulatschoten, einschließlich der Hausstandsgelder, die einbehalten worden sind.
5. Zeitgemäße Besserstellung der Jugendlichen, Witwen und Hinterbliebenen sowie der Invaliden.

Die Judasarbeit der Gewerkschaftsführer

Bewilligung von Sonderzulagen für die Streikbrecher, Anforderung von Schupo. Die Judasarbeit der Gewerkschaftsführer gegenüber den Streikenden übersteigt alles bisherige. Auf „Schlesische Zeitung“ haben

die Gewerkschaftsführer Schupo gegen die Streikenden angefordert.

Es wurde auch tatsächlich Schupo in Hindenburg eingesetzt, die aber unter dem Druck der Streikenden zurückgezogen werden mußte.

Wie ferner aus den Meldungen des „Vorwärts“ wie auch des ober-schlesischen „Wanderers“ klar hervorgeht, sind die Gewerkschaften in paritätische Verhandlungen, um in den nächsten Tagen den Arbeitswilligen einen Sonderzuschuß mit Rücksicht auf die täglich größer werdende Feuerung zu zahlen. Die Gewerkschaftsbürokraten wollen also dafür sorgen, daß die Streikbrecher erhöhten Judaslohn erhalten, um die aus wirtschaftlicher Not der Arbeiterschaft geborene Kampf Bewegung abzuwürgen.

Die Berechtigung des Streiks muß selbst ein bürgerliches Blatt zugeben. Der „Wanderer“ schreibt:

„Die Industrie scheint jetzt endlich einzusehen, daß bei den augenblicklichen Löhnen der Arbeiter verstanden muß. Denn sie bahnt Verhandlungen mit den Gewerkschaften an, nachher wird sie von den Arbeitern empfangen der großen Notlage und Feuerung.“

Arbeiter aller Richtungen in der Streikleitung

Der „Wanderer“ schreibt über die Streikleitung folgendes:

„Wie wir ferner erfahren, setzt sich die Streikleitung zu etwa ¼ aus politisch nicht organisierten, der kleinste Teil aus sozialistischen und kommunistischen Arbeitern zusammen. Die Nachricht einiger Blätter, daß der christliche Gewerkschaftsvertreter aus der Streikleitung ausgeschlossen sei, ist falsch, vielmehr ist er mit der Delegation, die bei der Regierung vorstellig wurde, nach Berlin gefahren.“

Eine Delegation der Streikenden in Berlin

Ostern fanden sich im Reichstage Delegierte der Streikenden ein. Durch Vermittlung des Genossen Koenen sprachen sie im Reichsarbeitsministerium und bei den Spitzen der Gewerkschaften vor. Von beiden Seiten wurden die Forderungen der Delegationen zwar nicht abgelehnt, aber ausweichend beantwortet.

Pogromhege gegen die Kommunisten

Die bürgerlichen Pressebanditen benutzen den Streit, um eine Pogromhege gegen führende Mitglieder der Kommunistischen Partei herbeizurufen. Sie bezeichnen den Genossen Marggraf als den Macher des Streiks. Das ist natürlich aus den Fingern geflogen. Die „Postische Zeitung“ läßt, daß der Genosse Marggraf, bevor er nach Oberschlesien kam, sich im Ruhrgebiet aufgehalten hat. Das ist auch ein lausibler Schwundel. Der Genosse Marggraf hat sich seit vier Jahren nicht im Ruhrgebiet aufgehalten.

Der Kampfeswille der Arbeiterschaft

Trotz bürgerlicher und sozialdemokratischer Pressehege, trotz der Judasarbeit der Gewerkschaftsführer herrscht einmütiger Kampfeswille unter den Arbeitern. Die Streikenden sind fest entschlossen, ihre beschiedenen Forderungen aufrecht zu erhalten und solange die Arbeit zu verweigern, bis dieselben restlos erfüllt sind. Es ist Sache der gesamten schlesischen Arbeiterschaft, die im heißemütigen Kampfstehenden ober-schlesischen Proleten zu unterstützen.

Kampfeswille der Arbeiterschaft

Kampfeswille der Arbeiterschaft. Kampfeswille der Arbeiterschaft. Kampfeswille der Arbeiterschaft.

Faschisten nach Oberschlesien unterwegs!

Wie uns aus Stettin aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, werden dort Leute angeworben, die in Marschbereitschaft gesetzt werden und nach Breslau gehen sollen. Dort sollen sie sich bei einem Kapitän zur See, Zurl, in der Hansastr. 23, melden. Auch nach Oppeln werden Leute geschickt, wo sie sich bei einem Dr. Vink melden sollen.

Es handelt sich hier um faschistische Provokateure, die die streikende ober-schlesische Arbeiterschaft provozieren sollen. Die ober-schlesischen Kämpfer müssen eiserne Disziplin halten und die Aktion der Bluthunde damit vereiteln.

Die christlichen Landarbeiter und ihre Margarine-Stulle

Der Herr hat sie sichtbarlich gelehrt, die Landarbeiter nämlich, die im Zentralverbande organisiert sind. Der Herr, und zwar der gnädige Herr, der Gutsherr, er hat sich in seiner unendlichen Gnade seiner auf Hungerkationen gefestigten Schäfflein Lehmann, nach Breslau geschickt, um einige Stulle an Margarine zu haben. Der Arbeitgeberverband hat dem Zentralverband am 2. Juni eine wöchentliche Zulage in Margarine zugestimmt. Die „Schlesische Zeitung“, die darüber berichtet, ist so begeistert von dieser Regelung, daß sie sich dazu verpflichtet, die Margarine-Stulle einen „zeitgemäßen Bedarf des Landarbeiters“ zu nennen, und daß sie erklärt, mit dieser Margarine-Stulle seien „den Bedürfnissen der schlesischen Landarbeiter in volstem Maße Rechnung getragen“. Dummheit ist's nicht, was die „Schlesische Zeitung“, das Agrarierorgan, schreibt, es ist Frechheit und eine schamlose Verhöhnung der im Erstlingskampfe stehenden Landarbeiter!

Der christliche Landarbeiter aber sagt dazu, wie es sich für einen frommen Christen ziemt: „Herr, du bist freundlich und deine Güte währet ewiglich“

Die Verfolgung der Breslauer AD.

Auf den offenen Brief des Genossen Dehner an den Breslauer Polizeipräsidenten, daß in Breslau mit zweierlei Maß gemessen, die Faschisten begünstigt und die Kommunisten sinnlos verfolgt werden, ist eine Antwort erfolgt. Heute morgen wurde bei den Genossen Dehner und Hartisch in der Wohnung gehausucht nach Material über die proletarischen Hundertschalten.

Die Genossen Dehner, Hartisch, Müller, Rogol wurden mit auf die Polizei geschleppt, wo sie bis zur Stunde, 10 Uhr morgens, noch festgehalten werden.

Die Begründung für diese Schikanierungen ist so fadensteinig, daß aufs schärfste gegen diese Willkür protestiert werden muß. Es handelt sich lediglich darum, die Bewachung des Hauses Teichbühlstr. 59 gegen Faschistenüberfälle unmöglich zu machen. Durch die Festnahme der Genossen soll ferner der technische Betrieb der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ lahmgelegt werden.

Der Breslauer Polizeipräsident lehnt damit bisherigen Regiment die Krone auf. Die Aera des berühmten Herrn Ops scheint wieder aufzuleben. Wir protestieren gegen die Gewaltpolitik der Breslauer Polizei, die gegen reaktionäre Verächter nichts unternimmt! Bei diesem Protest wissen wir uns eins mit der gesamten Massenbewegung der Arbeiterschaft Breslaus.

Beschärftete Maßnahmen der Franzosen

Die Verbindung nach Essen ist durch Besetzung der Bahnhöfe abgebrochen. Von Essen bis Köln geht kein Zug mehr. Die Besetzung der Kontrolle ist überall durchgeföhrt.

Die neue deutsche Note

Die Reichsregierung hat zur Erläuterung und Ergänzung der Note vom 2. Mai ein Memorandum den Alliierten übermittelt, worin es heißt:

Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland berkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwer ist, zu einer sicheren Schätzung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung sich erboten, die Entscheidung einer unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen.

Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zureichende Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Erfordern vollen Einblick in die staatliche Finanzverwaltung gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

Die deutsche Regierung hat die Ausgabe großer Anleihen in Aussicht genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. So lange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß an Stelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen tritt.

Da die alliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefassten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die deutsche Regierung folgende Garantien für die Durchführung des endgültigen Reparationsplanes vor:

- a) Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonstigen Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aus, die als bald als erstelliges Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 ab mit fünf Prozent verzinslich sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.
- b) Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. 7. 27 ab sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Garantie heranziehen, die als erstelliges Pfandrecht in Höhe von zehn Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark im Rahmen einer allgemeinen, auch nach Jahresleistung werden entweder mit dem übrigen Besitz erfassender Steuer, oder unmittelbar von den belasteten Objekten angebracht.
- c) Außerdem werden die Zölle auf Genußmittel und die Verbrauchsteuern auf Zehlfal, Bier, Wein und Zucker sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen verpfändet. Der Reichtum dieser Zölle und Verbrauchsabgaben, der sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen Mark belief, ist zwar seitdem infolge des Verlustes an Land und Boll und infolge des verminderten Verbrauchs auf etwa ein Drittel zurückgegangen, mit der Verbundung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

Die Forderung der Garantien in Ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Garantien dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig. Deutschland erweist seine Bereitschaft zur Kooperation an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr Ersuchen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtungen zu vereinbaren.

Das Memorandum bezeugt die endgültige Kapitulanz der deutschen Regierung und der Schwerindustrie vor der Entsch. Der Wortlaut und die bürgerlichen Zeitungen erklären ihre ausdrückliche Befriedigung über die Note. Für die Arbeiterschaft kann es nur allerhöchster Wunsch sein, diese Beschlüsse zu bejahen.

Auf die Forderung hat die Note keinen allseitigen Einbruch gemacht. Der Inhalt wird als bei weitem nicht befriedigend bezeichnet. Der Temps und die übrigen französischen Zeitungen haben sich gegen die Note ausgesprochen.

Die englische Regierung verhält sich noch zurückhaltend. Auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte Baldwin, daß die englische Regierung die endgültige Regelung der Reparationsfrage bevorzugen würde. Welcher Art die sein soll, verständig er.

Der Druck von unten

Die Breslauer Arbeiterschaft ist durch die Untätigkeit der Reichsbehörden und den katastrophalen Wucher lebhaft beunruhigt. Die „Vossische Zeitung“ schreibt darüber: „Die Massen, die sonst gerade in Breslau fest in der Hand der Organisationen liegen, beginnen sich zu rütteln.“

In der Tat hat unter dem Druck der Massen des ländlichen und städtischen Proletariats in Schlesien der Sozialdemokrat Winger in einer öffentlichen SPD-Versammlung im Gewerkschaftshaus vor einigen Tagen eine Resolution annehmen lassen, die sehr typisch ist. Es heißt darin:

„Die Not der arbeitenden Klasse ist auf das Höchste gestiegen. Die Verteilung der Steuerlasten ist in einer Weise erfolgt, die jeder Gerechtigkeit Hohn spricht! Unter diesen Umständen muß das Angebot der Industrie an die Regierung wie eine Prokollation auf die Arbeiterschaft wirken. Die Versammelten fordern von der Sozialdemokratischen Partei, daß sie den Kampf gegen die Regierung der Ausweitung des Volkes verschärft und dem Reichstage die Belastung der Sachwerte verweigert. Eine wirkliche Stabilisierung, als Vorbedingung einer gesunden Wirtschaftspolitik ist nur möglich, wenn die Belastung der Sachwerte zu Gunsten des Staates erfolgt. Sollte die bürgerliche Reichstagsmehrheit und die Regierung Cuno diese Forderung ablehnen, dann ist entweder der Volksentscheid über diese Frage oder die Auflösung des Reichstages zu erwägen.“

Ist dieses Gebrauh ernst gemeint? Nie und nimmer! Es scheint vielmehr, als hätte die Breslauer sozialdemokratische Parteiorganisation ihre bisherige Haltung geändert und eine Resolution veröffentlicht, die sie in der „Volkswehr“ noch besonders unterstreicht. Es heißt darin, daß die Sozialdemokratie ihren Kampf(!) gegen die Cuno-Regierung, diese Regierung der vollständigen Kraftlosigkeit gegenüber dem Auslande und den inneren Stabilisierungsgegnern durch eine entscheidende Gegenaktion auf das äußerste verschärfen müsse. Wenn keine Aussicht besteht, im gegenwärtigen Reichstage die notwendigen Opfer des Besitzes durch Erfassung der Sachwerte zu erzwingen, dann müsse die Partei zur Auflösung des Reichstages schreiten.

Hat die schlesische Sozialdemokratie schon so an Einfluß bei den Arbeitermassen verloren, daß sie zu dieser, für sie selbst höchst gefährlichen und der offiziellen Politik der SPD. geradezu ins Gesicht schlagenden Erklärung greifen muß? Wir Kommunisten sind jederzeit dabei, zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern den Kampf gegen die Cuno-Regierung und gegen die Kapitalisten für eine Erfassung der Sachwerte aufzunehmen. Aber die Breslauer SPD. — fürchten wir — trägt den wahren Tatsachen nur deshalb auf einmal Rechnung, um die schlesischen Arbeiter desto sicherer im geeigneten Moment an die — so unerbittlich auf dem Papier heftig bekämpften — Unternehmer zu verkaufen.

Darum muß der Druck der SPD-Arbeiter von unten fortgesetzt werden. Die mit Grünes liebgeliebten Führer müssen Farbe bekennen. Wollen sie nicht kumbien, dann muß es ohne sie und gegen sie gehen.

Sinkende Preise in England

Die Großhandelsindizes in England ist im Laufe des Mai von 173,1 Prozent auf 172 Prozent (die Durchschnittspreise von 1914 mit 100 Prozent angenommen) gefallen.

Eine Rücksicht über die Preisentwicklung in England nach dem Kriege gibt, in Prozenten ausgedrückt, folgendes Bild:

Preis-Index	Legieren	Gesamt-Index
Juli 1914	100	100
Dezember 1915	236	237,5
März 1920	261	325,6
Juni 1922	174	171,1
April 1923	148	173,1
Mai 1923	150	172

Nach einer vorübergehenden leichten Steigerung der Preise Anfang 1923 hat jetzt also wieder ein Preisabfall eingesetzt. Wir haben noch nie davon gehört, daß die Zentralbank, die sich bei jeder Gelegenheit auf den Weltmarktpreis berufen, auf Grund solcher Preisrückgänge auch in Deutschland abgebaut hätten.

Hölllein wieder im Koch

Die der Temps mitteilt, ist der deutsche kommunistische Abgeordnete Höllein, der an den Folgen seines Hungerstreiks erkrankt war und sich jetzt im Krankenhaus befindet, jetzt wieder hergestellt und in die politische Abteilung des Untersuchungsgefängnisses gebracht worden.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein hat vor einem französischen Gericht eine Klage gegen den Minister des Inneren eingeleitet, den er für seine weitere Haft verantwortlich macht. Höllein wird tatsächlich nur zur Repressalie für angeblich ungesetzliche Festhaltung von Franzosen in Deutschland weiter in Haft gehalten.

Aus Liebe zu den Kommunisten!

In Duisburg wurde der kommunistische Arbeiterführer Höllein wegen seiner Rolle von den Franzosen verhaftet.

Wie sie provozieren!

Übung „proletarischer“ Hundertschaften

Von der Ortsleitung Halle der SPD. wird geschrieben: Am Sonnabendabend wurde der Ortsleitung Halle der SPD. mitgeteilt, daß eine Abteilung der proletarischen Hundertschaft in Stärke von 60 bis 70 Mann nach der Halle zu einer Übung gezogen wäre. Da die kommunistische Partei die proletarischen Hundertschaften nicht als ausgesprochen militärische Organe betrachtet, sondern als Einheitsfrontorgane des Proletariats und demgemäß solche militärische Spielereien nicht veranstaltet, machten wir uns auf den Weg, um diese „proletarischen“ Hundertschaften näher anzusehen.

Gegen 1/1 Uhr nachts trafen wir sie denn auch auf dem Wettiner Platz. Gut militärisch kamen sie anmarschiert, doch schon von weitem sah man an den auffallend roten Halstüchern und der Aufmachung, die die „Allgemeine Zeitung“ als lätcherlich bezeichnen würde, daß das alles andere als eine Hundertschaft der hallischen Arbeiter ist. Und bei näherem Hinschauen erkannten wir dann in den Zug- und Gruppenführern die bekannten Galgengeister, die auch allsonntäglich die gleiche Funktion beim „Stahlhelm“ ausüben. Wir hatten also eine Truppe der Reaktion vor uns, die sich als „proletarische“ Hundertschaft verkleidet hatte. Daß sie als „proletarische“ Hundertschaft angesehen werden wollte, geht daraus hervor, daß im Gegensatz zu allen anderen Übungen keine Uniform und kein Abzeichen getragen wurde und daß das Proletariat mächtig zu sehr betont wurde.

Der Zweck dieser Übungen dieser „proletarischen“ Hundertschaften kann nur sein, einer hohen hallischen Polizei das Bestehen von proletarischen Hundertschaften nachzuweisen, um dann so allerlei hübsche, kleine Dinge zu begehen, die zu einem Einsprechen gegen die Betriebs-Hundertschaften bei Demonstrationen oder ähnlichen Anlässen Anlaß geben sollen.

Dieser Plan der reaktionären Banden ist beim ersten Versuch mißglückt. Er ist daran mißglückt, weil die Drahtzieher zu dämlich sind, eine „proletarische“ Hundertschaft nachzuahmen. Die Arbeiterschaft sieht aber daraus, daß die reaktionäre Elite alle Mittel versucht, um die werdende Einheitsfront der Arbeiterschaft zu zerbrechen. Gegenüber diesen Plänen müssen Kluge und Ohr offengehalten werden.

Nach der Ruhr! Achtung, Eisenbahner!

Aus allen Teilen des Reiches mehren sich die Meldungen über Truppentransporte nach dem Westen und über Transporte von Passagieren nach dem Ruhrgebiet. Mit der Kapitulation der deutschen Regierung und der deutschen Industrie und angesichts der Einigung mit den französischen Imperialisten gewinnt die Tatsache der schwerbewaffneten Truppentransporte besondere Bedeutung für das von Hunger und Mangelbewehrungen bedrohte deutsche Proletariat. Die Eisenbahner müssen sofort zusammenreten und eine genaue Kontrolle aller Züge und Transporte nach Truppen, Waffen und kassatischem Gefindel durchzuführen. Besonders starke Truppentransporte sind von Hannover nach dem Ruhrgebiet in den letzten Tagen abgegangen. Auch Transporte bayerischer Truppen wurden bei der Durchfahrt in Hannover festgestellt. Höchste Aufmerksamkeit des Proletariats ist allerorts geboten!

Die Hilfe der russischen Arbeiter u. Bauern für die politischen Gefangenen

Der Internationalen Roten Hilfe sind aus den Sammlungsresultaten der russischen Arbeiter und Bauern für die politischen Gefangenen in den kapitalistischen Ländern in den letzten Tagen wieder erneut große Beträge überwiesen worden. Für die russischen Arbeiter und Bauern ist die Solidarität für die Opfer des weißen Terrors und der Diktatur der Bourgeoisie kein leeres Wort. Die Sammlungen steigen von Tag zu Tag und es ist oft rührend, wie auch in den kleinsten ländlichen Orten Summen von einem beträchtlichen Betrage aufgebracht werden, wie sie die Arbeiter größerer Städte westeuropäischer Länder bisher nicht aufbrachten. Es übermieten:

Partei-Schule	1 800 Rubel
das Komitee der RSP. der Stadt Wologuje	9 000 „
das Komitee der Zentrale der Bergewerkschaften	32 960 „
das Komitee Hilfskomitee der Stadt Emolensk	5 547 „
das Gouvernements-Komitee der RSP. Samara	3 183 „
das Komitee Hilfskomitee des Gouvernements Njatta	225 000 „
das Komitee Hilfskomitee des Gouvernements Wosnessensk	42 350 „
die ungarischen Emigranten	241 Dollar

Die RSP. an die französischen Soldaten im Ruhrgebiet

Auf die Nachricht von dem schändlichen Verratsverbrechen des Lütticher an die französischen Generale, um deren Zustimmung zur blutigen Niederwerfung der streikenden Ruhrarbeiter zu erhalten, hat das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Frankreichs einen Aufruf an die Soldaten der Ruhr erlassen, dem wir folgende Stelle entnehmen: Kameraden Soldaten! Denkt daran, daß ein Arbeiter niemals seine Waffen gegen andere Arbeiter verwenden darf, selbst wenn man ihn vorübergehend in militärische Uniform gekleidet hat. Proletarier Frankreichs, die ihr bis heute 38 mal Kriegergemüht habt, sorgt dafür, daß kein ruhmvolles Beispiel nachgemacht werde.

Wichtig war es, daß die russischen Arbeiter zu sehen, die in der Revolution standen. Proletariat laßt und wagt, daß kein einziger Arbeiter Stellung gegen die an der Ruhr streikenden bewaffneten Arbeiter nehmen darf. Klärt überall eure Klagen auf. Jetzt ist es, daß die Sache der deutschen Arbeiter auch unsere Sache und die Sache des internationalen Proletariats ist! Organisiert die Agitation gegen Anwendung französischer Bajonette im Ruhrgebiet. Die Kom-

munistische Partei wird mit Unterstützung der proletarischen Organisationen, die ihre Anstrengungen mit den unseren verbinden wollen, kurzer Zeit die einheitliche systematische Organisation der Propaganda gegen die Wiederkehr Essener Bluttat durchzuführen.“

Die Cuno-Regierung und die Not

Am Donnerstag stand im Reichstag die sozialdemokratische Interpellation über die gegenwärtige Notlage zur Beratung. Die Sozialdemokraten hatten den ehemaligen Unabhängigen, den Gewerkschaftler Aufhäuser vorgeschlagen, dieser in Aussicht, durch eine möglichst radikal abgestimmte Rede ihre wartenden Anhänger zu beruhigen. Ob ihnen das bei den denkfähigen Anhängern linigt, ist eine andere Frage.

Der Arbeitsminister Braun erkämpfte Reigen der Regierungsvorredner, die zur Beantwortung der Interpellation angemeldet waren. Brauns Auffassung ist es der Endzweck der Interpellationsansprüche beruhigend zu wirken. Er zählte dann auf, was alles schon geschehen ist. Die Not der Arbeiter zu lindern und die Unterstützung der Sozialrentner, Kleinstrentner usw. zu erhöhen. Er kündigte an, daß auch die Arbeitslosenunterstützung wieder erhöht werde. Die Regierung habe die Erhöhung von 33 1/2 Prozent vorgeschlagen. Zwischenzeitlich sei das durch die Selbstwertung überhöht. Der Reichsrat, der sich heute mit der Frage beschäftige, werde darüber hinausgehen müssen. Notstandsarbeiten würden gefördert, Arbeit möglichst auf das Land abgehoben, Landarbeitwohnungen würden gebaut werden, durch welche Mittel man versuche, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. In der wichtigsten Frage, der Arbeitsfrage, stehe er auf dem Standpunkt, daß der Aufbau wichtiger wäre, als Lohnaufhebung. Die katastrophale Markterwertung habe erhebliche Verbesserungen notwendig gemacht. Die Arbeitsfrage sei noch nicht abgeschlossen, es fänden sich wieder neue Verhandlungen auf Lohnaufbesserung statt. Im übrigen sprach sich Braun gegen gleichzeitige Lohnkürzung und gegen die Forderung von Goldlöhnen aus. Das würde die Wirtschaft hemmungslos machen. Zum Schluss verbreitete sich Braun noch über die Auslandsberedung, die er für mangelhaft erklärte, und die nächstens verbessert werden solle.

Der Finanzminister Herzog als zweiter Regierungsvorredner gab zu, daß die Selbstwertung die Steuererhebung völlig über den Haufen geworfen hat. Die Vorzuschläge der Steuer seien unzulänglich. Sie müssen mindestens die Finanzlage der Veranlagung des Jahres 19 betragen. Auch die Vermögens- und Körperschaftsteuer müßten der Selbstwertung angepaßt werden. Er hoffe, die Vermögens- und Körperschaftsteuer bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit herangezogen wird, aber deshalb nicht an den Verbrauchsabgaben vorbeigehen zu werden. Man müsse sich auf eine starke Erhöhung der Verbrauchssteuer gefaßt machen. Hinsichtlich der Markterwertung erklärte Herzog, daß sich der Verhältnisse aus eigener Kraft nicht schaffen ließen. Der letzte Regierungsvorredner war der Wirtschaftminister Bauer, der mit einer scharfen Welle gegen Aufhäuser einsetzte, antwortend an dessen Drohungen der Mobilmachung der Masse, wenn eine Besserung nicht bald eintrete. Bauer erklärte die ganze Schuld des wirtschaftlichen Elends der Vertrag von Versailles zu und mußte sich Mittel zur Begründung dieser Auffassung in einer kleinen Vorlesung aus dem bekannten Vortage des statistischen Amtes vorzunehmen. Er wies ihm mit Unrecht stürmisch zu, daß das Vorkommnis in der letzten Sitzung im Reichstag die Sabotage der Stützungsaktion, Verbrechens nannte, machte heute denselben Jurist, der bei der Reichsankündigung in Paris nicht die Schieber und Devisenspekulanten für schuldig, sondern die Markterwertung liegt an der Ueberhöhung der Einfuhr gegenüber der Ausfuhr. Den Vorwurf Aufhäusers, daß heute Wirtschaft anarchy herrsche, pariert er mit dem Hinweis, daß ja in den letzten 4 Jahren Sozialdemokratie in der Regierung gewesen und daß prominente Führer der Sozialdemokraten die Sozialisierung für Unfug erklärt haben.

Wir erhielten folgenden Brief — einen wahren Bergheilungsstreich unserer verhafteten rumänischen Jugendgenossen:

An das Proletariat Alt-Rumaniens! Genossen! 38 im Klausenburger Gefängnis (Siebenbürgen) verhaftete proletarische Kämpfer senden Euch ihren revolutionären Gruß. Wir befinden uns im Hungerstich. Der größere Teil der Genossen sind jugendliche. Das sind jene Genossen, die als Führer und Mitglieder des Siebenbürger Jugendverbandes stets für die konsequenten revolutionären Kampfbefehle gegen die rumänische Oligarchie, die ungarischen Kapitalisten und im allgemeinen gegen die Reaktion der Ausbeuter eintraten. Diese „Schuld“ haben wir in das Gefängnis gebracht.

Weißer Terror in Rumänien

Wir wollen die Qualen, die wir schon seit 2 Monaten erlitten haben, nicht ausführlich beschreiben. Alle Mittel der mittelalterlichen Inquisition, alle neuen und alten raffinierten Qualereien werden uns gegenüber angewandt. Wir haben schon zwei qualvolle Hungerstreiks durchgemacht, wie Ihr lest, haben sie uns auch zum dritten gezwungen. Wir wollen leben, leben, als die Qualen der moralischen und physischen Erniedrigungen erlitten. Man zwingt uns zu den schmutzigsten Arbeiten. Wir müssen uns dem Gefängnispersonal gegenüber wie Soldaten den Borgegenen gegenüber verhalten. Man verbietet uns Zeitungen zu lesen, man läßt keine Besuche zu und gewährt uns kein Spaziergänge. Wir fordern, daß man die Verhandlung gegen uns einleitet, wo wir die volle Mordthat der gegen uns erhobenen Anklagen beweisen.

Genossen, wir sind nicht so naiv, um von Euren unmittelbaren Hilfe zu erwarten. Wir fordern Euch aber auf, der ganzen Welt von der Rumänischen Jugendgenossen des rumänischen Staates zu erzählen. Wir fordern Euch auf, Eure Kräfte im Kampf gegen die Regierung zu verpacken. Wir wollen Euch nur zeigen, was das Los des Proletariats ist, wenn es sich ergibt — es ist der Untergrund (Unterschriften).

Aus Breslau

Stadtverordneten-Versammlung

Schöpfungen und kein Ende

Die Bewilligungsmaschine arbeitete gestern noch schneller und automatisch als in der letzten Sitzung.

Erhöhung der Schlachthofgebühren

Wie Stadt. Reichel scharfe Kritik am Breslauer Vieh- und Fleischhandel. Er wies auf die Verminderung der Fleischzufuhr hin, auf das Treiben der wilden Verkäufer hin, die sich an der Grenze der Stadt aufhalten und Vieh auslaufen, bevor es zum Viehmarkt kommt. Dieses Fleisch komme dann ununtersucht auf den Markt. In einem Kohlengeschäft der Ofener Straße (Mellisch) seien in letzter Zeit 3 Schweine geschlachtet worden.

Mit dieser Kritik bewies Stadt. Reichel die Notwendigkeit der von seiner Partei bekämpften

Ordnung von Kontrollausfäßen.

Daher wird auch die ehrlche Kritik des alten Gemeindeführers Reichel an den bestehenden Mafständen und dem schamlosen Fleischwucher nicht ändern können.

Ferner wurden debattiert

Die Straßenbahnfahrpreise um 30% erhöht. Obwohl feststeht, daß die Erhöhung der Fahrpreise nicht notwendig wäre, wenn es die Verwaltung verstehen würde, den Betrieb rationaler zu gestalten. Wir werden auf die Mafstände im Straßenbahnwesen morgen in einem besonderen Artikel eingehen. Ein Antrag auf Verminderung der Kosten für die Fahrkarten der Kriegeschädigten wurde angenommen.

Bewilligt wurden ferner 6 Millionen für Lohn und Gehaltssteigerungen, eine Summe die hoch klingen mag, die indessen im Verhältnis zu der großen Zahl der Beschäftigten gering ist und an der weiteren Verelendung der städt. Arbeiterschaft nichts ändern kann.

Was und Gerechtigkeit mußte wie immer herplatzen um den Stat zu balancieren. Was kummet es Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, daß die Armen verhungern, weil sie kein Essen kochen können.

Die „Blutsteuer“ wurde wieder brutal angelegt. Was wurde um 103 M. f. d. Kubikmeter, das elektrische Licht um 237 M. pro Kilowattstunde und für Kraftstrom um 156 M. erhöht.

Die immer noch bestehenden Preiskontrollen sollen abgebaut werden.

Die letzte Borage betraf einen

Sauschvertrag mit dem Besitzer

des Beerbeutler Gutes

Herrn Fiebach, bei dem genannten Herr ein nicht schlechtes Geschäft machen soll.

Die Vorlage wurde, da Herr Fiebach im Zuhörerraum war, in geheimer Sitzung weiter eraten.

Ein Brief von Max Goetz

gegen die sträfliche Rauberei

Ein Genosse erhielt von dem eingekerkerten Genossen folgenden Brief zugesandt, der mit seinen aufreißenden Worten das Bild eines Revolutionärs wiedergibt.

Zuchthaus Breslau.

Lieber Genosse!

Du stehst mitten im politischen Leben und Kampf. Du hast täglich Gelegenheit mit einigen oder vielen Genossen zusammenzukommen. Halte ihnen täglich einen Spiegel vor, in dem sie sich selbst in ihrer Stärke und Kraft erblicken; zeige ihnen, wie sie diese Stärke durch die Schwäche ihres Willens verflümmern lassen; wie sie alle — die Millionen Arbeiter und Genossen — im stolzen Selbst- und Kraftbewußtsein singen: „Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser und Tribun“, und wie sie dann doch auf ein höheres Wesen, auf das Andere, das sie aus Feindschaft und Not erlösen soll, warten und warten, und hoffen und hoffen, weil sie der eigenen Kraft nicht vertrauen. Wir eingekerkerten verblöden in der qualvollen Enge und Stille unserer Steinzellen, weil unser starker Bruder, der Riese Proletariat, auf das Wunder von oben wartet. Hämmerne den Arbeitern das Bewußtsein in die Hirne, daß nicht die bürgerliche Justiz der Henker der revolutionären Kämpfer ist, sondern die sträfliche Rauberei unserer Brüder in Freiheit mordet Geist und Körper der Genossen im Kerker.

Dein Max Goetz

Großmütterchen „Vollmacht“ erzählt moderne Märchen

ad. Halt! Jetzt wissen wir's, warum die „Vollmacht“ am Montag und Dienstag nichts über den Fasziensmarisch in Breslau gebracht hat und sich am Mittwoch mit dem kommentarlosen Abbund der Mitteilung des Polizei-Präsidenten begnügte. Sie wollte nicht die Fasziisten warnen.

Sie schreibt auf unsere Fragen: „Dazu bemerken wir, daß es die „Vollmacht“ bei solchen Vorkommnissen nie besonders eilig hat, großes Trara zu machen, um die Fasziisten zu warnen, und sie zu veranlassen ihre etwaigen Spuren zu verwischen.“

Wenn die „Vollmacht“ nämlich am Mittwoch an der Mitteilung des Polizei-Präsidenten Kritik und zugleich der schlechtesten Arbeiterschaft die fasziistische Gefahr signalisiert hätte, dann wären nach der köstlichen Logik der „Vollmacht“ die Fasziisten gewarnt worden. Dieses „Vollmacht“-Märchen erwarnt uns an den bekannten Resten eines Sumpfes von Otto Reuter. Da fügen die Kinder, die Geschichte ist kein Märchen, erzählt uns noch eine, lieb Groß-

mütterlein.“ Solche moderne Märchen, von Großmütterchen „Vollmacht“ erzählt, glauben die Breslauer Arbeiter nun noch nicht. Herr Dar- entsteh und der Wille, seine Argumente lächerlich zu machen. Er besorgt das selbst so ergiebig, daß wir uns jede weitere Polemik schenken können.

Aus der Provinz

Kein Tag ohne Fasziistenüberfälle in Schlesien. Was sagt die SPD?

Aus Reinsdorf bei Cosel wird uns geschrieben:

Wie überall, so macht sich auch hier die fasziistische Arbeiter-Mutigkeit bemerkbar. Wenn sie sich nicht mehr aus der Niederlage retten können, wenn sie täglich zusehen müssen, wie ihnen unsere Arbeit, trotz ihrer Propaganda, immer mehr über den Kopf wächst, dann soll die Waffengewalt entscheiden. So war es auch, als unser Genosse Kurt Lange am Freitag, den 1. Juni, frühmorgens um 3 Uhr, sich von einer am Donnerstag stattgefundenen Funktionärsitzung auf dem Nachhausewege nach Reinsdorf befand. Es drangen plötzlich drei Fasziisten mit gezogenen Revolvern, mit Halberkreuzen angeklebt, auf den Genossen ein, rissen ihm die Aktentasche aus der Hand, suchten die Taschen seines Anzuges durch und zerrissen die Aktentasche mit sämtlichem Material, Flugblätter und Aufklärungsschriften. Auch der Semjester wurde vernichtet. Die Täntchen bedrohten ihn, wenn er nicht innerhalb acht Tagen den Austritt aus der kommunistischen Partei erklärt, ihn rücklings niederstießen zu wollen. Also, mit Droben wollten sie den Austritt aus der Partei erzwingen. Halberkreuzer, Gegner des jüdischen Kapitals, Christen sind es, die mit der schändlichen Mochtat an einem Arbeiter eine Christenpflicht getan zu haben glauben. Ob der Genosse Lange auch jüdischer Kapitalist ist? Ob man ihn auch nach seinem Glauben gefragt hat? Aber schenken wir uns das alles gar nicht an. Man will sich nur der aufgellärten Arbeiter entledigen.

Zwei Tage darauf hatte man es auch auf den Gewerkschaftssekretär Kopke aus Kłodnik abgesehen. Ob man bei dem auch den Austritt aus der Partei erzwingen wollte? Zum Glück ist dieser kein Kommunist. Er ist Gegner der proletarischen Hundstufen und nur ein ganz harmloser SPD-Mann. Doch auch ihm soll nichts geschenkt bleiben und auch er soll der demütigen christlichen Gottesfurcht zum Opfer fallen. Was sagt denn unsere Volkspolizei dazu? Ist sie nicht fähig, solchen pörrischen Elementen auf den Leib zu rücken? Aber nein, die sind doch bewaffnet! Wenn aber Arbeiter einen Aufschlag machen und zufällig durch Cosel marschieren, wie das am 1. Mai der Fall war, dann kommen sicher einige Verhaftungen vor. Die Polizei parierte am 1. Mai wie am Schmirgeln und nahm nach Aufforderung durch einen einzigen Fasziisten die Verfolgung der Arbeiter sofort auf.

Arbeiter von Cosel und Umgebung! Wie lange noch wollt ihr euch von diesen kapitalistischen Mordbuben bedrückt lassen? Schließt euch doch endlich einmal eng zusammen und laßt euch durch die Maßnahmen der Fasziisten nicht scheitern. Jagt endlich die kapitalistischen Feisten zum Teufel, daß sie das Wiederkommen vergessen.

Fasziisten überfallen einen Arbeiter-Sportler

Aus Tschansch wird uns geschrieben: Wie überall feierten auch in Tschansch und Brodau die Arbeitersportler ihre KASSE. Bei dieser Gelegenheit fuhr der Arbeiterradsportler Moritz Verchardt aus Groß-Tschansch am Sonntag den 3. Juni abends gegen 10 Uhr in Vereinsangelegenheiten mit seinem Rade nach Brodau. Unterwegs mußte er auf dem verhältnismäßig schmalen Feldweg absteigen, um eine Frau vorbeigehen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit wurde er von 5 Fasziisten mit Stöcken bedrängt und einer sagte: „Das ist auch einer von den roten Lumpen“. Er wurde in unmenschlicher Weise geschlagen.

Auch dieser Fall zeigt, wie weit wir bereits gekommen sind. Nicht nur politische Funktionäre sind den Akten der Fasziisten ausgehelt, auch die Arbeitersportler werden, dank des Gebering-Erlasses, in von der Großstadt entfernten Orten überfallen.

Die SPD-Führer in Breslau, die solchen Akten nur die verlogenen antilich-Beurteilung nachdrucken, sind mitschuldig an der Fasziistengefahr.

Streu-Kampf der kommunistischen Kindergruppe. Diesen Schlachtruf haben nicht nur die Langenbielauer Sportler, sondern auch diejenigen Arbeiter auf ihre Fahnen geschrieben, die nie zu haben sind, wenn es gilt, gegen das verfaulende kapitalistische System anzukämpfen. Sozialdemokraten erblicken im trauten Beisein mit den Bürgerlichen in der Aufzopferung der Jugendgenossen und -genossinnen für die Kinderbewegung eine schwere Gefahr für die Kinder. Sie erblicken sich nicht in ihrer moralischen Verschumpfung. Gerichte breiten zu machen, daß die Jugendgenossen mit den kleinen Mädchen liebden. Es ist bei ihnen etabliert, daß es nicht mit rechten Dingen zugehen kann, wenn Jugendgenossen die Kleinen den Eltern nach Hause bringen oder wenn sich ein Mädchen mit einem Jugendgenossen an der Hand hält. Wir wissen nur zu gut, daß es bloß purer Neid der sogenannten Anführer ist, wenn sie solche Behauptungen aufstellen. Bringen sie es doch in einer gewissen Hochburg wie Langenbielau nicht einmal fertig, eine Jugendorganisation in Leben zu rufen. Von bürgerlicher Seite tut sich bei der Befassung besonders Herr Lehrer Hoche von der evangelischen Volkshule in Neubielau hervor. Dieser Herr wollte zuerst den Arbeitern glaubhaft machen, daß sie bei uns genügell würden. Als die Kinder aber das Gegenteil herausfanden, dröhte er denjenigen, die zu uns kommen, nicht dem Lernen beizustehen zu sein. Wörtlich sagte er: „Mir könntet meinetwegen verkaufen, ich kümmere mich nicht mehr um euch.“ Ihr könnt euch ja von euren

Leitern unterrichten lassen.“ „Entweder ich oder die Kindergruppe.“ Trotz aller dieser Schlägen und Verleumdungen werden sich die Kinder aber nicht von dem Wege abbringen lassen, den sie beschritten haben, sondern werden dafür sorgen, daß die Kindergruppe weiter wächst und gedeiht. E. B.

Reichsbund. 3. Reichsarbeiter-Sporttag des Reichs-Sport- und Bildungsvereins. Reichsbund. Unter 3. Verbandtag gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung für unsere Sache. Schon frühzeitig traten Turner und Sportler des Arbeiters-Turn- und Sportbundes unserer Gruppe des Reichs zu einem Propaganda-Lauf und Wettkampf an, der bis gegen 11 Uhr dauerte. Um 1 Uhr setzte sich der Demonstrationstag in Bewegung. Der Arbeiter-Mannschafts-Klub Langenbielau eröffnete den Zug. Ihm folgten die Arbeiter-Radsportler mit ihren Mannern, anschließend der Arbeiter-Turn- und Sportbund, Athletenbund, Sängerbund, Theaterbund. Alle Vereine dieser Organisationen waren gut vertreten.

Am Krönungstag begrüßte Sportgen. Scholl Langenbielau, die Schlesien, hierauf sprach Sportgen. Hilbert Langenbielau, zur Bedeutung des Tages, indem er auf den Wert der Arbeiter-Sport- und Bildungsbewegung hin-

wies, besonders für unsere Jugend, und mit einem Hoch auf dieselbe schloß. Auf ging in die Logen. Der Garten hier wieder sich als zu klein und konnte die Menge kaum fassen. Die Darbietungen der Arbeiter-Sänger-Turner-Musikler sowie auch unserer Rehen fanden guten Anklang. Besonders guten Eindruck erweckte der Vortrag der Schülerin-Abteilung der Freien Turnerschaft Langenbielau. Auch die Arbeiter-Radsportler in den Reihen erzielten ihren Beifall. Wir können mit dieser Veranstaltung zufrieden sein. Möge deshalb auch dieser Tag beigetragen haben zur weiteren Entwicklung unserer Sache in diesem Kreise. Auch sei an dieser Stelle für reichliche Schmückung des Ortes der Arbeiter in Peterswalbau gedacht. M. H.

Oppeln, Kreis-Konferenz. Am Sonntag, den 10. Juni 1928, vormittags 10 Uhr findet im allen Schützenhaus eine Kreis-Konferenz mit Tagesordnung statt. Jede Ortsgruppe entsendet mindestens 1 Delegierten. Nach 3 Uhr 30 Delegationen. Die Verhandlungs- und Tagesordnung sowie auch die kommunikativen Gemeindeführer, Kreisgruppenleiter und Ortsgruppenleiter werden hierdurch ebenfalls aufgefordert zu erscheinen. Kreisleitung Oppeln der SPD.

Die instruktive Parteikonferenz in Striegau

Nachdem bereits am 31. Mai eine Vorstands-Konferenz der SPD für Oberschlesien in Bielitz stattgefunden hatte, fand am Sonntag, den 3. 6. in Striegau eine Vorstandskonferenz für Niederschlesien mit folgender Tagesordnung statt: 1. Referat des Genossen Schmidt über die politische Lage und die Aufgaben der Partei; 2. Mobilisierung der Partei; 3. Versammlungskampagne; 4. Fasziismus, Vorkriegsfall und Sowjetrußland; 5. Das Agrarprogramm der SPD; 6. Kommunalwahlen.

Die Konferenz war von 73 Ortsgruppen besucht. Genosse Oelfner eröffnete die Konferenz. Genosse Reimann betonte, daß die Striegauer Genossen stolz darauf sind, die Konferenz in ihren Mauern zu beherbergen. Hierauf hielt Genosse Schmidt das Referat. Derselbe gab einleitend in konzertierter Form einen Überblick über die bisherige Entwicklung der Ruhrfrage. Es zeigte sich mit aller Deutlichkeit, daß England Frankreich entgegen daran hindern werde, mit den deutschen Kapitalisten den Ruhrsieg und Montantrust zu schaffen, oder daß England selbst an diesem Trust teilnehmen werde. Jeder kapitalistische Staat sucht die Konzentrationsbestrebungen des anderen zu durchkreuzen. Reimann entwarf in großen Zügen ein Bild von den Konzentrationsbestrebungen des englischen und französischen Kapitals. Insbesondere ging er auf die Konzentrationsbestrebungen des deutschen Kapitals ein. Skizzen sucht sich auf dem Balkan, die Tschecho-Slowakei in Polnisch-Oberschlesien, Österreich in Vorderasien festzusetzen. Der deutsche Kapitalismus muß, wenn er nicht zugrunde gehen will, mit allen Kräften suchen seine Absatzmärkte zu vergrößern. Deshalb werden die deutschen Kapitalisten auch unter allen Umständen das Geschäft mit den französischen Kapitalisten machen, selbst auf die Gefahr, daß der Konzern unter französischem Protektorat steht. Der Zerfallprozess des Kapitalismus, dessen Dauer unterschätzt wurde, sei trotzdem nicht aufzuhalten. Der Zerfall des Kapitalismus zeigt sich vor allen Dingen in dem Zusammenbruch der Währung und in der Tatsache, daß er weder in den Sieger- noch in den besiegten Ländern in der Lage ist, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, und die Bevölkerung zu ernähren. Die Verelendung wachse und erasse auch bereits die breiten Schichten des Mittelstandes. Im zweiten Teile des Referates beleuchtete Genosse Schmidt die durch den Zusammenbruch der kapitalistischen Gegensätze entstandene Gefahr eines neuen Weltkrieges.

Nach Erleuchtung der Ruhrfrage wurde der Schwerpunkt des politischen Lebens vom Westen nach dem Osten gelegt werden. England benutze den Konflikt mit Sowjetrußland, um zwei Zügel mit einer Klappe zu schlagen. Es will durch Abbruch der Verhandlungen mit Sowjetrußland einen Krieg der kapitalistischen Staaten gegen das proletarische Sowjetrußland hervorrufen, um damit das große russische Gebiet als Absatzmarkt für England zu gewinnen und zu erreichen, daß die Aufhebung von Mutterlande hinzulande Bewegung in den Kolonialländern zusammenbricht. Diese Bewegung in den Kolonialländern sei zwar keine proletarisch-revolutionäre, sie liege aber auf dem Wege der historischen Entwicklung, bedeute eine Gefahr für den englischen Kapitalismus und werde daher von Sowjetrußland gefördert. Aus dieser Unterlegung der Bewegung in den Kolonialländern ist der russisch-englische Konflikt hervorgegangen, den England bis zum Kräfteverschärfen will. England will hierzu sich französischer und polnischer Hilfe bedienen. Die englischen und französischen Interessen beruhen sich in dieser Frage, denn Frankreich suche schon lange keine alten Gläubigeranprüche an Rußland wieder geltend zu machen.

Auch Polen gehe mit England in der sowjetfeindlichen Haltung konform. Die alte Regierung in Polen, die zwar nicht sowjetfeindlich war, aber gegenüber Rußland eine gewisse wohlwollende Neutralität wahrte, ist gestürzt. Die neue Regierung ist sowjetfeindlich. Polen ist bereit, diesmal keine eigenen Forderungen in Vaufrage zu erheben. Es verlangt die Freigabe Danzigs. Diese Forderung bedeute vollkommene Unterdrückung der Proletarier Danzigs unter das Joch des polnischen Kapitalismus. Polen werde, wenn es an dem Ruhrsieg gegen Sowjetrußland teilnehme, sich mit dieser Forderung nicht begnügen, sondern es werde das gesamte ober-schlesische Gebiet für sich verlangen und es zu besetzen versuchen.

Die Reise Foch's nach Warschau müsse in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Sie sei keine Vermittlungsgesandtschaft, sondern bedeute Intervention des von Frankreich begünstigten polnischen Militarismus. Aus dieser politischen Lage erwachsen große und schwierige Aufgaben für die deutsche Arbeiterklasse und ihren Parteigruppen, die kommunistische Partei. Eine Überverlagerung Sowjetrußlands bedeutet, das Foch selbst für men aufgeben müssen, eine Überverlagerung der Arbeiterschaft der ganzen Welt um einen Sieg der Weltrevolution. Die schlesischen Arbeiter haben die Aufgabe, den Kampf gegen zwei Fronten zu führen und den polnischen und französischen Kapitalismus mit derselben Energie zu bekämpfen, wie den deutschen Kapitalismus. Wir müssen es verstehen, die national-bezugslosen Schichten zu überzeugen, daß nur durch den Sieg des Proletariats die Nation gerettet werden kann. Redner schloß dann noch eingehend die Aufgaben, die der kommunistischen Partei aus dieser Lage erwachsen (Arbeit in den Betrieben, Verfassungstätigkeit usw.).

Im Schluß seines Referates ging Genosse Schmidt noch ausführlich auf das Agrarprogramm der SPD ein.

Diese fallende Partei versucht ihren schwindenden Einfluß bei den Mittelständigen zurückzugewinnen. Das Agrarprogramm der SPD ist nur zu Wahl- und Propagandazwecken aufgestellt. Die Forderung, daß die über 3000 Morgen besitzenden Großgrundbesitzer Land zu Siedlungszwecken hergeben sollen, ist völlig ungenügend. Wir verlangen, daß alle diejenigen Grundbesitzer, die über 250 Hektar verfügen, Land zu Siedlungszwecken abgeben. Die SPD müssen wir zwingen — dort, wo sie die Macht hat — ihre Forderungen auch durchzuführen.

Wir müssen unseren Einfluß auf alle Bevölkerungsschichten verstärken und die Partei aktivieren und mobilisieren. Nur dann werden wir in der Lage sein, die gewaltigen Aufgaben, die uns in nächster Zeit bevorstehen, zu bewältigen.

An das mit großem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine rege Aussprache, bei der einige ober-schlesische Genossen Bedenken über die von Genossen Schmidt geforderte Zersplitterung äußerten.

Es gelang dem Genossen Schmidt durch sein Schlußwort diese Bedenken willlos zu beseitigen und die Genossen von der Notwendigkeit des Zweifrontenkampfes zu überzeugen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Kommunalwahlen referierte Genosse Oelfner. Er behandelte die neuen gesetzlichen Bestimmungen. Insbesondere wies er darauf hin, daß das Wahlrecht an eine sechsmonatige Aufenthaltsdauer gebunden ist. Wähler, die vom besetzten nach dem unbesetzten Gebiet gekommen sind, können sich aber durch Wahlzettel ihr Wahlrecht sichern.

Die SPD versuchte an Orten, wo unsere Partei stark ist, ein Wahlzettel anzuwerben. Solche Wahlzettel müssen wir an allen Orten, auch dort wo wir schwach sind, abwerben. eigene Listen aufstellen und der Aufstellung von unpolitischen Listen (Meier, Kriegsbeschädigtenlisten) uns entgegen stellen. Der Wahlkampf muß von uns grundsätzlich geführt werden, es müssen nicht nur die lokalen Fragen sondern politische Fragen in nationalem und internationalem Maßstabe behandelt werden. Selbstverständlich müssen auch die lokalen Fragen, insbesondere die Sünden der bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtväter, aufgezeigt werden. Genosse Oelfner behandelte ferner die Kandidatenfrage. Es gelte die tüchtigsten und zuverlässigsten Genossen aufzustellen, welche die Politik der Gesamtpartei vertreten und keine Eigenbrödel betreiben. Unsere Kommunalpolitik muß einheitlich sein, es darf nicht vorkommen, daß in Nachbargemeinden in ein und derselben Frage entgegengesetzte Beschlüsse gefaßt werden.

Genosse Oelfner schloß mit einem Appell, die Wahlen sorgfältig vorzubereiten und sie zur Mobilisierung der Massen zu benutzen. Nach dem Referat des Genossen Oelfner war die Tagesordnung erschöpft. Die Delegierten sangen die Internationale. Hierauf erfolgte geschlossener Abmarsch nach dem Bahnhof. Die Striegauer Spiesher waren nicht wenig erfreut, daß unsere Genossen unter Kommando von ihnen zogen und mit Erfolg durch die Stadt marschierten.

Betrieb - Gewerkschaft

Unglücksfall bei Hiltz-Postmann

Der Arbeiter Arlt, welcher in der Abteilung Federhämmer als Zuschläger beim Federbunde-aufheben beschäftigt war, kam mit dem glühenden Federbunde seiner Schürze zu nahe, welche Feuer fing. Im Moment stand die Schürze und Kleidung des A. in hellen Flammen, welcher laut um Hilfe rief. Herbeieilenden Kollegen gelang es nach vielen vergeblichen Bemühungen endlich die Flammen zu ersticken, wobei einige Kollegen nicht unerhebliche Brandwunden an den Händen davontrugen. Der Kollege Arlt hat derartig schwere Brandwunden an den Beinen, Unterarm, Brust und Armen erlitten, daß er von der Verbandsstelle aus ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Der Kollege wird Wochen, vielleicht ein paar Monate lang arbeitsunfähig sein. Die von der Firma gestellten Schürzen sind alte faserige Saclumpen und die meisten Arbeiter in der Federhämmer Abteilung, daß nach mehreren Stunden Arbeit diese Lumpen so von Öl durchtränkt sind, daß sie brennen wie mit Petroleum begossen. Kollegen, das Unglück des Kollegen Arlt hat euch gezeigt, wie leicht es jedem von euch auch passieren kann. Berlangt deshalb sofort die Lieferung besserer Schürzen in genügender Menge, welche einen öfteren Wechsel ermöglichen, damit solche Unfälle nicht wieder vorkommen. Denn die Firma, welche richtige Liebeskräfte hat, und mehrere hundert Prozent Dividende an ihre Aktionäre verteilen kann, muß auch in der Lage sein, ihren Arbeitern bei einer derartig schwierigen Arbeit die notwendige Schutzkleidung zu liefern. Die Schuldfrage vieler Unfälle ist natürlich das Zeitaufwandsystem, weil durch die Hast und Eile, mit welcher gearbeitet werden muß, die nötige Vorsicht von den Kollegen außer acht gelassen wird. Die durch die schlechte Bezahlung der Arbeitstät hervorgerufene wirtschaftliche Not zwingt die Arbeiter, durch das Aufwandsystem ihre Lage etwas zu bessern. In Wirklichkeit treibt die Arbeiterschaft Raubbau an Körper und Gesundheit zu ihrem eigenen Schaden und zum Nutzen der Unternehmer.

Der Kampfwille der Waldenburger Bergarbeiter

Am 31. Mai hielt die Belegschaft der Hiltz-Friedenshoffnung-Grube ihre Betriebsversammlung ab. Zur Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht über die letzten Lohnverhandlungen, 2. Freie Aussprache, 3. Verschiedenes. Kamerad Becker von der Bezirksleitung des BVB gab einen kurzen Bericht über die hundertjährigen Lohnverhandlungen und brachte zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften alles getan hätten, um herauszufinden, was möglich war. Das Gelächter, das diese Worte hervorriefen, mußte den Referenten überzeugen, daß die Belegschaft eine andere

Meinung über die Lohnpolitik der Gewerkschaften hatte. Die nun einsetzende Diskussion war getragen von einer ungeheuren Erregung. Die meisten Kameraden geshelten die Arbeitsgemeinschaften und die von den Gewerkschaften getriebene Lohnpolitik, die die Arbeitern nicht direkt dem Hungertode aussetzt.

Es wurde eine Resolution angenommen, die die Auszahlung einer Leistungszulage von 150.000 Mark fordert, ferner befragte die Resolution, daß die Belegschaft mit allen Mitteln, wenn es sein muß mit dem Streik der Durchführung dieser Resolution nachdrücklich verleben werde. Ein Gewerkschaftsführer vom Hiltz-Dündergraben Gewerkschaft, sowie Kamerad Becker vom BVB, waren dagegen.

Ein Teil der Belegschaft, auch BVB-Mitglieder, verlangten nämlich die Befestigung der Belegschaft des Bergarbeiterverbandes. Die Stimmung der Anwesenden ließ deutlich erkennen, daß sie den Bruch der verruchten Arbeitsgemeinschaften verlangen. Sie fordern Rücktritt des Verbandes auf die Bahn des Klassenkampfes, wenn nicht mit den Gewerkschaftsvertretern, dann ohne sie. Es wurden noch zwei Anträge angenommen. Ersterer forderte die Befestigung des Oskus, da sie zu immer größerer Gefahr für die Belegschaft antwortet. Der zweite Antrag kam erst zur Berlesung, nachdem der Betriebsmann die Versammlung geschlossen hatte. Er wurde aber davon abgesehen, daß das nicht zulässig ist und erschlüssig seine Nachlässigkeit. Die Anwesenden konnten sich des Gedrucks einer gewissen Sabotage gegenüber dem zweiten Antrage von seiten des Betriebsmanns Reich nicht erwehren. Der Antrag beschloß sich mit der Wiedereinstellung des Kameraden Ruppert.

Alles in allem, speziell der überaus zahlreiche Besuch ließ auf einen großen Kampfwillen der Bergarbeiter schließen.

Unfugige Maßnahmen der Eisenbahndirektion Dppeln

Schon einmal hatten die Werksstätten der Reichseisenbahn im Direktionsbezirk Dppeln es abgelehnt, durch eine zweite vierstündige Pause die Arbeitszeit zu durchbrechen. Damals, im vorigen Jahre, wurde der Versuch unternommen, nachdem ein ministerieller Erlaß erschienen war. Die einmütige Haltung der Belegschaft zeigte den zuständigen Stellen, daß die Arbeiterschaft kein Interesse daran besitzt, diese zweite Pause einzulegen. Die Arbeiterschaft erblickt in dem Vorgehen des Verkehrsministeriums nur den Versuch, die Achtstundearbeitszeit mit aller Gemütsruhe zu verlängern. Dagegen hemmt sich im vorigen Jahre die gesamte Arbeiterschaft und wird sich auch dieses Mal dagegen wehren. Heute aber kommt die Eisenbahndirektion nicht mehr mit dem Fuchsbrot, sondern sie knallt mit der Peitsche. Selbst gegen den Willen der Arbeiterschaft soll die zweite Pause durchgeführt werden. Mit anderen Worten gesagt, Strafen soll und wird es regnen, wenn die Arbeiterschaft diese zweite Pause nicht durchführt. Der Körper des Arbeiters muß gestärkt werden, darum eine zweite vierstündige Pause. Nun, essen können die Arbeiter bei diesem zweiten Frühstück nicht, dafür sorgt die Eisenbahnerverwaltung durch ihre Jammerpläne und Gehälter. Nun, dann soll die Ruhe den Arbeitern neue Arbeitskraft bringen, meint die Verwaltung, damit sie leistungsfähiger werden. Jawohl, Ruhe ist ein

Factor, der die Kräfte der Arbeitenden spart. Doch eine Viertelstunde Ruhezeit geben, um hinterher den Körper um so kräftiger auszumergeln, empfinden wir geradezu für einen Hohn als Begründung der zweiten Pause. Würde durch diese zweite Pause überhaupt die Leistungsfähigkeit gesteigert? Als Arbeiter, der die Verhältnisse selbst viel besser beurteilen kann, als die Herren vom gelben Tisch, bestreite ich das ganz entschieden.

Jeder Arbeiter hat bei der Eisenbahn die Verpflichtung, für sein Werkzeug die Verantwortung zu übernehmen. Weiß also der Arbeiter, daß um 12 Uhr Pause ist, dann wird er mehrere Minuten vorher sein Werkzeug wegpucken, um bei Eintritt der Pause den Arbeitsplatz zu verlassen und erst, wenn die Pause vorüber ist, kann er seinen Platz aufsuchen, das Werkzeug wieder vorholen und dann zu arbeiten beginnen. Wenig gerechnet werden 12 Minuten zu den 15 Minuten Pause hinzutreten, so daß er nun, da doch nach der ehrliehen Auffassung der Eisenbahndirektion in Dppeln die Achtstundearbeitszeit nicht angefaßt werden soll, in den letzten zwei Stunden die verlorenen 12 Minuten wieder einholen muß. Die bei Vornahme der Leistungsfähigkeit und Schonung des Körpers durch Einlegung der zweiten Pause gesprochen werden kann, ist unverständlich. Aber etwas anderes ist damit gemeint. Der Arbeiter soll recht lange an den Arbeitsplatz gefesselt werden, um dann wieder so ganz in Ruhe eine Stunde zur jetzigen Arbeitszeit hinzuzulegen. Es sei bei dieser Gelegenheit an vergangene Zeiten erinnert, wo den Eisenbahnbeamten und Arbeitern erklärt wurde, daß drüben in Polen der Achtstundearbeitszeit recht wichtig in Deutschland dagegen unumstößlich sei. Man brauchte damals eben auch die Stimmen der Eisenbahner. Heute trampeln die Behörden wieder auf den Eisenbahner herin.

Wie lange noch Spaltung?

Im Schwelge ihres Angehens bemühen sich die reformistischen Führer, zu beweisen, daß die Kommunisten die Gewerkschaften spalten. Bisher — und wie wir getrost verraten können, auch in der Zukunft — immer vergeblich. Das Geschrei über die Spaltungsabsichten der bösen Kommunisten soll nur verdecken ihre eigenen, gerade in letzter Zeit mit besonderem Eifer und Raffinesse betriebenen Zerwürfungen der gewerkschaftlichen Organisationen. Dafür ein paar Beweise:

In Barmstadt wurde die Zählstelle des Fabrikarbeiter-Verbandes von dem Sekretär der Berufsleitung für aufgelöst erklärt, als die Mitglieder bei der Neuwahl die Funktionärstelle mit einem in Opposition stehenden Genossen besetzten. In geheimen Zirkeln, zu denen nur SPD-Anhänger geladen waren und denen wiederum nur diejenigen Zutritt erhielten, die Einladungen bekamen, die mit dem Buchstaben „G. R.“ gekennzeichnet waren, wurden die Klare beraten zur Vergewaltigung der oppositionellen Mehrheit. Gegen eine Reihe von Genossen wurde der Ausschluss ausgesprochen, der unter dem Druck der Mitgliedschaft zurückgenommen werden mußte.

Aus Genthin erfahren wir, daß dort ein KPD-Genosse (1. Bevollmächtigter) auf Betreiben eines Angestellten des Fabrikarbeiter-Verbandes, der der SPD angehört, aus dem Verbande ausgeschlossen worden ist, obgleich man ihm auch nicht dagesagte Vergehen gegen die Verbandsstatuten des Fabrikarbeiter-Verbandes nachweisen konnte.

Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß immer weitere Massen der Arbeiterschaft

angezogen von dem Exzellen der Bürokraten die Verbände verlassen wollen. Würden wir Kommunisten nicht mit Energie für die Geschlossenheit der Verbände kämpfen, so wäre heute die deutsche Gewerkschaftsbewegung nur noch ein Trümmernhaufen. Der Wunsch der Reformisten wäre erfüllt, die Arbeiterschaft wehrlos gemacht, damit die Herren Sozialisten in enger Gemeinschaft mit der Bourgeoisie den „Wiederaufbau“ des Kapitals auf Kosten der gesamten Arbeiterschaft betreiben könnten. Die Kommunisten können sich freiem Spiel nicht untätig zusehen. Sie werden die von der Sozialdemokratie bewußt betriebene Zerstückelung der Gewerkschaften nicht zulassen.

Alle Arbeiter rufen wir zur Mitarbeit an Rettung ihrer Organisationen auf! Kein Ausfall! Keine neuen Organisationen! Keine Spaltungen! Schließt euch zur Abwehr gegen die Verächter jeder Demokratie zusammen!

Der Arbeitsnachweis in Dungsau vermittelt Streikbrecher

Ein Arbeiter schreibt uns: „Bei einem Spaziergang durch die Stadt mit meinem Freund, bei dem Dungsau als Arbeitsnachweis fungiert, traf ich mich mit einem Mann, der Auskunft erbat, bei welchem Fabrikmeister er in Arbeit treten kann. Er kommt zu Fuß aus Dungsau und ihm ist gesagt worden, in Dungsau helfen die Fabrikmeister noch Arbeiter ein.“

Wir erwiderten ihm darauf, daß die Dungsauer Fabrikmeister in Streik getrieben sind und es soll nicht die Arbeit annehmen. Der arbeitsnachweis war ohne Geld und mußte sich noch bedanken melden. Es ist unerhört von einer Behörde, die dazu noch Sozialdemokraten, das einem deutschen Arbeiter Streikbrecher zu helfen.“

Wir fordern sofort eingehende Untersuchung der Angelegenheit, damit festgestellt werden kann, ob und in welchem Umfang die den Sozialisten erpreßten Streikgeber — von denen der Arbeitsnachweis unterhalten wird — in Streikbrecherermittlung verhandelt werden.

Rundgebung für die Einheitsfront

In einer öffentlichen Massenversammlung der Bau- und Hüttenindustrie, Bochum, sprach Genosse Maslowski von der Zentrale der „Union“ unter stürmischer Zustimmung aller Anwesenden über den Streik und seine Gefahren. Es wurde einstimmig von den 4000 Versammelten eine Resolution angenommen, die die Einheitsfront aller proletarischen Organisationen im Kampfe fordert und der „Union“ volle Anerkennung ausdrückt. Als neue Forderung wurde aufgestellt: sofortige neue Lohnverhandlungen, in denen als Durchschnittslohn der Durchschnittslohn der Vorkriegszeit angefordert werden soll.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Ernst Dombrowski, für den Zusatzenenteil: Max Bischen Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien z. B. m. B. S., Jänitsch in Breslau.

Veranstaltungs-Kalender

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

- KPD** Bezirksleitung: Büro u. Halle: Breslau, Reichenstraße 50. Tel. Nr. 8-37. Abende: 8 Uhr, Lesung, Breslau, Zerbückerstr. 51.
- Breslau**, Dienstag, den 11. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, Diskussionsabend. Alle Familienmitglieder sind willkommen, daran teilzunehmen. Thema: Sachien und Welt.
- District 1**, Freitag, den 12. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, Jugendmitgliedsversammlung. Die Jugend-Organisationskommission erhebt eine Stunde früher.
- District 2**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 3**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 4**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 5**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 6**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 7**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 8**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 9**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 10**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 11**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 12**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 13**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.

- Dittersbach**, Sonntag, den 10. Juni, vorm. 9 Uhr, Betriebsversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme der Ortsgruppe zu den kommenden Gemeindevorständen. 2. Infrage stellen der organisierten Aufgaben. 3. Beschlüsse. 4. Verschiedenes. Es wird alle Genossen zur Pünktlichkeit ermahnt. Punktuell eine halbe Stunde früher. Herbeieilen mitbringen.
- Falkenberg**, Freitag, den 8. Juni, offener Mitgliederbesprechung. Jugendgenossen sind ermahnt. Spätkommisoren mitbringen.
- Gottschalk**, Sonntag, den 9. Juni, in Hof. Gollitz, öffentliche Versammlung.
- Gottschalk**, Sonntag, den 10. Juni, abends 7 Uhr, im Schulsaal, Herber Carl, Mitgliederbesprechung. Gegen die Möglichkeit der Zersplitterung ist es unbedingt notwendig, daß jedes Mitglied mit dem Genossen zusammenkommt.
- Hiltz**, Sonntag, den 10. Juni, vorm. 9 Uhr, im Hiltzsaal, öffentliche Mitgliederbesprechung. Bericht von der Hiltzsaalbesprechung. Alles hat zu erledigen.
- Hiltz**, Sonntag, den 10. Juni, vorm. 10 Uhr, im alten Schulsaal, Herber Carl, Mitgliederbesprechung. Bericht von der Hiltzsaalbesprechung. Alles hat zu erledigen.
- Peterswalden**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Hiltzsaal, Herber Carl, Mitgliederbesprechung. Bericht von der Hiltzsaalbesprechung. Alles hat zu erledigen.
- Waldenburger**, Sonntag, den 10. Juni, abends 7 Uhr, im Hiltzsaal, Herber Carl, Mitgliederbesprechung. Bericht von der Hiltzsaalbesprechung. Alles hat zu erledigen.

- KJD** Bezirksleitung: Büro u. Halle: Breslau, Reichenstraße 50. Tel. Nr. 8-37. Abende: 8 Uhr, Lesung, Breslau, Zerbückerstr. 51.
- Breslau**, Dienstag, den 11. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, Diskussionsabend. Alle Familienmitglieder sind willkommen, daran teilzunehmen. Thema: Sachien und Welt.
- District 1**, Freitag, den 12. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, Jugendmitgliedsversammlung. Die Jugend-Organisationskommission erhebt eine Stunde früher.
- District 2**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 3**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 4**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 5**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 6**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 7**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 8**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 9**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 10**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 11**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 12**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 13**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.

- Breslau**, Montag, den 11. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, Diskussionsabend. Alle Familienmitglieder sind willkommen, daran teilzunehmen. Thema: Sachien und Welt.
- District 1**, Freitag, den 12. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, Jugendmitgliedsversammlung. Die Jugend-Organisationskommission erhebt eine Stunde früher.
- District 2**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 3**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 4**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 5**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 6**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 7**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 8**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 9**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 10**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 11**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 12**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 13**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.

Gewerkschaften

- Breslau**, Montag, den 11. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, Diskussionsabend. Alle Familienmitglieder sind willkommen, daran teilzunehmen. Thema: Sachien und Welt.
- District 1**, Freitag, den 12. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, Jugendmitgliedsversammlung. Die Jugend-Organisationskommission erhebt eine Stunde früher.
- District 2**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 3**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 4**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 5**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 6**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 7**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 8**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 9**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 10**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 11**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 12**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.
- District 13**, Sonntag, den 9. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinshaus, Nikolaistraße 49/50, außerordentliche Betriebsversammlung. Einhalten eines jeden Genossen (ist) ist Pflicht.

Der Gasprets

wird vom 1. 6. 1923 ab auf 1020 Mk. erhöht. Müllgaswertmatten werden vom 8. 6. 1923 ab zum Preise von 1020 Mark für das Stück abgegeben.

KAUFHAUS W. LESCHZINER

Nikolaistraße 22. GLEIWITZ OS. Nikolaistraße 22. Allergrößtes Geschäfts-Haus für MANUFAKTUREN. Spezial-Abteilung: Herrenkonfektion, Schuhwaren, Wäsche.

Für den Vertrieb unserer „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ im Straßenhandel suchen wir eine Anzahl geeigneter Genossen als Zeitungsverläufer gegen hohe Entschädigung. Meldungen in der Produktiv-Genossenschaft für die Prov. Schlesien, z. B. m. B. S., Zerbückerstr. 50.

★ Jedem vorwärtstrebenden Arbeiter sind die Ankündigungen unserer Buchhandlung ganz besonders zu empfehlen ★

Gebrauchte Wäsche, Kleidungsstücke, Schuhe, Betten, Fahrräder, Nähmaschinen usw. kaufen Sie am billigsten in

Lohmann Brüll & Co., Matthiasstraße 88 L.

WOLFF & KUTNER

GLEIWITZ, NIKOLAISTRASSE 16

Manufaktur- und Modewaren - Herrenkonfektion Herren- und Damenwäsche